



Kernforderungen

**des Zentralverbandes Gartenbau e. V. (ZVG)
zur Bundestagswahl 2017**

Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG)

Inhalt

- 1. Ländliche Räume fördern**
- 2. Gesellschaftliche Wertschätzung gartenbaulicher Produktion steigern**
- 3. Verbraucherschutz realistisch gestalten**
- 4. Bürokratieabbau konsequent vorantreiben**
- 5. Steuerpolitik mittelstandsfreundlich gestalten**
- 6. Betriebliches Risikomanagement besser fördern**
- 7. Arbeitszeitregelung flexibel gestalten**
- 8. Zukunft des Pflanzenschutzes sichern**
- 9. Klimawandel – Fordern und Fördern**
- 10. Grün in den Städten eine Perspektive geben**
- 11. Innovationen entwickeln – Forschungsförderung für den Gartenbau stärken**

Kernforderungen des Zentralverbandes Gartenbau zur Bundestagswahl 2017

Die Produkte des deutschen Gartenbaus stehen für Vielfalt, Emotionalität und Gesundheit. Gartenbau, sind Produktion von Obst und Gemüse, Zierpflanzen und Baumschulware genauso wie die Dienstleistungen der Friedhofs- und Endverkaufsgärtnereien sowie des Garten- und Landschaftsbaus. Die Unternehmen des Gartenbaus sind in der Regel kleine und mittelständische, familiengeführte Betriebe.

Der Gartenbau hat eine herausragende wirtschaftliche Bedeutung und ist mit seinen Produktionsparten ein wichtiger Teil der Agrarwirtschaft. Insgesamt hat sich der Gartenbau in den letzten Jahren positiv entwickelt.

Gleichwohl stehen die Betriebe vor enormen Herausforderungen. Ein andauernder gravierender Strukturwandel resultiert aus dem erheblichen Wettbewerbs- und Preisdruck auf die Branche.

Deswegen fordert der deutsche Gartenbau von der neu gewählten Bundesregierung die Gestaltung von politischen Rahmenbedingungen, die die Zukunft der gartenbaulichen Produktion und Dienstleistung am Standort Deutschland sichern:

1. Ländliche Räume fördern

Der Gartenbau ist prägender Bestandteil der ländlichen Räume in Deutschland, zum einen als Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor, zum anderen als gestaltendes Element der Kulturlandschaften. Damit dies so bleiben kann, sind die spezifischen Gestaltungsanforderungen bei der Entwicklung der ländlichen Räume zu beachten.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung die Strukturförderung der ländlichen Räume im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) kontinuierlich auszubauen.

2. Gesellschaftliche Wertschätzung gartenbaulicher Produktion steigern

Täglich frische und qualitativ hochwertige Ware und das zu niedrigsten Preisen, ist der Anspruch unserer Gesellschaft an gartenbauliche Produkte, sei es an Obst und Gemüse oder an Blumen, Pflanzen und Baumschulware. Bedauerlicherweise siegen in der öffentlich-medialen Darstellung landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Produktion häufig Emotionen über Fakten. Das Bild in der Gesellschaft von Gartenbau und Landwirtschaft entspricht schon länger nicht mehr der Realität.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, dass die Politik ihre kommunikativen Anstrengungen für ein realistisches Verbraucherbild von gartenbaulicher und landwirtschaftlicher Produktion verstärkt.

3. Verbraucherschutz realistisch gestalten

Verbraucherschutz hat für den gärtnerischen Fachhandel hohe Bedeutung. Der gärtnerische Fachhandel befürwortet wohldurchdachte Verbraucherschutzregelungen. Diese müssen aber eine Balance zwischen den Ansprüchen der Kunden und den Anforderungen an die Unternehmen wahren.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung die Verbraucherschutzregelungen - unter Ausrichtung am Leitbild des mündigen Verbrauchers - so zu gestalten, dass sie den Verbrauchern hinreichend Schutz bieten und nicht zu unnötigen Kosten bei den Unternehmen führen.

4. Bürokratieabbau konsequent vorantreiben

Bürokratie kostet Zeit, ist unproduktiv und bremst gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen, wie sie vor allem im Gartenbau zu finden sind, in ihrem Handeln aus. Gerade der Gartenbau und die Landwirtschaft stehen im Fokus europäischer, Bundes- und Landesgesetzgebung. Die Kontrollanforderungen an Unternehmen nehmen zu.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, den Bürokratieabbau durch konsequente Beachtung der Ziele aus dem europäischen Small Business Act (SBA) voranzutreiben, und so insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen Freiräume für Innovation und Wachstum zu schaffen.

5. Steuerpolitik mittelstandsfreundlich gestalten

Die Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen durch Steuern und Abgaben sowie die negativen Auswirkungen durch Vorschriften der Steuerverwaltung sind erheblich. Hier gibt es Handlungsbedarf.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, den Verwaltungsaufwand durch die Steuerpolitik insbesondere für kleine und mittlere Betriebe deutlich zu reduzieren.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, den ermäßigten Umsatzsteuersatz für Blumen und Pflanzen nicht anzutasten, um negative Entwicklungen wie u. a. Verlust vieler Arbeitsplätze und Betriebsinsolvenzen auszuschließen.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, die Reform der Grundsteuer aufkommensneutral zu gestalten, bei Sicherstellung einer nachvollziehbaren Bewertung der Betriebe. Es darf keine massive Verschiebung der Grundsteuerbelastung in Richtung der Betriebe geben.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, auf eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer als zusätzliche Substanzsteuer zu verzichten.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, die aktuell geltenden Regelungen zur Insolvenzanfechtung so umzugestalten, dass sie nicht - wie derzeit - für mittelständische Unternehmen zu erheblicher Rechtsunsicherheit führen, mit der Folge einer betrieblichen Existenzbedrohung.

6. Betriebliches Risikomanagement besser fördern

Gartenbaubetriebe sind einer Reihe von Risikofaktoren ausgesetzt, denen selbst mit größter unternehmerischer Sorgfalt und größtem Einsatz nichts entgegengesetzt werden kann. Hierzu gehören Witterungseinflüsse (Hagel, Sturm, Starkregen, Dürre, Trockenheit etc.), das Auftreten von Quarantäneschädlingen oder Schäden durch Belastung von Vorprodukten. Die Anforderungen an die Betriebe im Risikomanagement steigen.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung die Unterstützung der Gartenbaubetriebe durch die Politik. Dazu gehört die steuerliche Begünstigung bei der Versicherungssteuer für weitere Elementarschäden genauso wie Einführung von Entschädigungsleistungen für gärtnerische Betriebe bei auftretenden Quarantäneschädlingen.

7. Arbeitszeitregelung flexibel gestalten

Aufgrund der besonderen Anforderungen bei den witterungs- und saisonabhängigen Tätigkeiten im Gartenbau ergeben sich regelmäßig Schwierigkeiten mit den starren Grenzen des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG). Die strikte Begrenzung auf eine Tagesarbeitszeit von 10 Stunden ist nicht immer mit den natürlichen Wachstumseinflüssen und Erntebedingungen kompatibel.

Deswegen fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, die Klarstellung im Arbeitszeitgesetz, dass die Ruhezeit zwischen Ende und Beginn der Arbeit unterschritten werden darf, wenn hierfür zusammenhängende längere Arbeitspausen eingehalten werden. Zudem sind die Abschaffung der strengen Tagesarbeitszeitgrenze und der Ersatz durch eine am betrieblichen Bedarf orientierte flexiblere Wochenarbeitszeitgrenze unabdingbar.

8. Zukunft des Pflanzenschutzes sichern

Gerade für die Vielfalt der kleinen gärtnerischen Kulturen fehlt es nach wie vor an einer ausreichenden Anzahl von Wirkstoffen bzw. von Pflanzenschutzmitteln, um auch weiterhin einen integrierten Pflanzenschutz zu gewährleisten und Resistenzen vorzubeugen. Die Harmonisierung des europäischen Pflanzenschutzmittelrechtes hat hier bislang nicht die erhoffte Wirkung gezeigt.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, die Harmonisierung des EU-Pflanzenschutzrechtes dringend voranzubringen und zu verbessern sowie die Voraussetzungen zu schaffen, dass die bestehenden Möglichkeiten des Zulassungsrechts ohne Verzögerungen genutzt werden. Das heißt: Forcieren der gegenseitigen Anerkennung von Pflanzenschutzmitteln, Einhalten der Fristen im Rahmen der zonalen Zulassung und das Ziel des Nationalen Aktionsplans – der Verfügbarkeit von mindestens drei Wirkstoffen je Anwendungsgebiet – zu erreichen.

9. Klimawandel – Fordern und Fördern

Die Senkung der THG-Emissionen– wie sie im Klimaplan 2050 festgelegt ist – setzt einen weitgehenden Umbau der Landwirtschaft voraus und wird auch den Gartenbau massiv betreffen. Mit dem Bundesprogramm zur Steigerung der Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau ist es gelungen, im Sektor seit Jahren massiv CO₂ aus fossilen Energieträgern einzusparen.

Der Gartenbau ist weiterhin betroffen durch die Vorschläge zur deutlichen Minderung des Torfanteils in Blumenerden und Kultursubstraten. Die Minderung muss gekoppelt sein an die Verfügbarkeit einer ausreichenden Menge an alternativen Ausgangsstoffen. Diese Alternativen stehen derzeit nur begrenzt in Menge und Qualität zur Verfügung.

Deswegen fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, das erfolgreiche Bundesprogramm Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau nach seinem Auslaufen 2018 fortzusetzen und eine Torfminderungsstrategie aufzulegen, die mit gezielten Forschungsprogrammen alternative Ersatzstoffe identifiziert und zur Praxisreife entwickelt.

10. Grün in den Städten eine Perspektive geben

Die gärtnerischen Betriebe produzieren, verkaufen und pflegen das, was Stadtgrün ausmacht – die Pflanze. Mit ihrem Expertenwissen und ihrer Erfahrung tragen sie in großem Maß dazu bei, dass unsere Städte grüner und lebenswerter werden. Ob in Parks oder Alleen, auf Friedhöfen oder in der Gebäudebegrünung, - gärtnerische Produkte und Dienstleistungen stehen im Mittelpunkt.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung die konsequente Umsetzung des Weißbuchs „Stadtgrün“.

11. Innovationen entwickeln – Forschungsförderung für den Gartenbau stärken

Forschung und Entwicklung sind *die* Grundlagen für einen innovativen, wettbewerbsfähigen Gartenbau. Die Bundesregierung muss der gesellschaftlichen Aufgabe zur Forschungsförderung im Gartenbau nachkommen und sicherstellen, dass Forschung und Entwicklung für den Gartenbau weiterhin mit staatlicher Unterstützung forciert werden.

Deshalb fordert der ZVG von der neuen Bundesregierung, die Agrar- und Gartenbauforschung nach ihren Möglichkeiten zu unterstützen, um sie in ihrer derzeitigen Kapazität zu erhalten und auszubauen. Darüber hinaus gilt es, an die im Rahmen der Innovationsstrategie Gartenbau HortInnova erarbeiteten Forschungs- und Innovationsfelder anzuknüpfen und diese durch konkrete Forschungsprojekte in die Gartenbaupraxis zu überführen.